

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Vellagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentral: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Frankreich gegen die Scapa Flow-Forderung

Der „Temps“ über Englands Vorgehen

Im heutigen Morgenblatt der „Vossischen Zeitung“ haben wir eine Drahtmeldung unseres Genfer Berichterstatters wiedergegeben, der zufolge der Pariser „Temps“ den Versuch der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, England gegen Frankreich auszuspielen und die französische Regierung als treibende Kraft bei der Forderung der Auslieferung des deutschen Hafensmaterials hinzustellen, in einem Leitartikel entschieden zurückgewiesen hat. Der „Temps“ wies in diesem Artikel darauf hin, daß mindestens zwei Drittel des Materials an England abgetreten werden müßten, und betonte weiter, daß Frankreich am unmittelbarsten an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung seiner deutschen Schuldner interessiert ist. Das Pariser Abendblatt erklärte mit unverkennbarem Hinweis auf England, es wolle nicht untersuchen, woher die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ihre Anregung geschöpft habe.

Diesem Artikel, der Montag nachmittag in Paris erschienen ist, hat der „Temps“ am nächsten Tag eine weitere Auslassung folgen lassen, die das Interesse Frankreichs an Deutschlands wirtschaftlicher Wiederaufrichtung und die Verschiedenheit der Standpunkte Frankreichs und Englands in der Frage des Hafensmaterials noch stärker betont. Unser Berichterstatter drahtet darüber:

b Genf, 10. Dezember.

Der „Temps“ bestätigt in seiner Nummer vom Dienstag nachmittag mit aller Deutlichkeit, daß die

Forderung nach Auslieferung des deutschen Hafensmaterials von England und jedenfalls nicht von Frankreich erhoben wird. Das Blatt verteidigt den Obersten Rat und seine beiden letzten Notizen gegen die Kritik, die von verschiedenen Blättern wegen der Deutschland gemachten Zugeständnisse geübt worden ist. Er betont dabei das Interesse, das die Gläubiger Deutschlands an seiner wirtschaftlichen Wiederaufrichtung haben und fährt fort: „Ich bemerke, daß der Oberste Rat Deutschland in zwei Fällen Genugtuung oder richtiger eine Hoffnung gegeben hat. Die Note läßt die Deutschen hoffen, daß sie nicht das ganze von ihnen verlangte Material abzuliefern brauchen, wenn (folgt der Passus der Note) ... Das wäre ein sehr gerechtes Zugeständnis, und die Gläubiger Deutschlands würden dabei ihren Vorteil finden. Will man sagen, daß dies Entgegenkommen schon im dem Protokoll vom 1. November hätte stehen können, ohne daß man erst die Antwort Deutschlands hätte abwarten brauchen? Dieser Vorwurf würde nicht die französische Regierung treffen. Und schließlich ist es niemals zu spät, etwas gut zu machen.“ Eine andere Hoffnung ist nach dem „Temps“ die, die in Nichtanwendung der militärischen Maßnahmen zur Erzwingung der Erfüllung des Friedensvertrages besteht.

In einer anderen Stelle derselben Nummer zitiert der „Temps“ den Wortlaut einiger Stellen aus dem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, wo gesagt wird, daß die Ablieferung des Hafensmaterials wahrscheinlich einem Wunsche Frankreichs entspreche.

Die Landwirtschaft wird sabotiert

Ein Notruf

von

Gen. Reg.-Rat Prof. Dr. H. Caro.

Die Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes ist von der Lösung der Aufgabe durch die deutsche Landwirtschaft abhängig, für die Ernährung von Mensch und Vieh genügende Nahrungs- und Futtermengen zu erzeugen. Die Verschlechterung des Wertes der Reichsmark im Auslande macht es für lange Zeit unmöglich, Nahrungs- und Futtermittel außerhalb Deutschlands in ausreichender Menge einzukaufen. Die Hungerbedrohung wird, trotzdem sie an sich aufgehoben ist, erst dann ihre Hauptwirkung ausüben, wenn der Landwirtschaft nicht die Möglichkeit gegeben wird, diese Aufgabe zu lösen.

Es gehört hierzu zweierlei: die Beseitigung von Ausnahmebestimmungen für die Landwirtschaft, welche sie gewaltsam außerhalb der allgemein gültigen Wirtschaftsgeetze stellen, und ferner die Erhöhung der Menge derjenigen Hilfsstoffe die zur Aufrechterhaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse notwendig sind.

Es ist ein Unding, von der Landwirtschaft zu verlangen, daß sie ihre Erzeugnisse billiger verkaufen soll, als sie sie erzeugen kann. Die bestehende Zwangswirtschaft verkörpert ein solches Verlangen und ist deshalb mit den unheilvollsten Folgen der Produktionsminderung verknüpft. Ein Beispiel sei gegeben: Die Witterungsverhältnisse des Herbstes brachten es mit sich, daß die Herbstbestellung mit Kartoffelenergie zeitlich zusammenfiel. Die für Kartoffeln festgesetzten Preise sind, trotz Frühprämien in den meisten Fällen vollkommen unzureichend, um die außerordentlich gestiegenen Kosten der Herausnahme und Abfuhr zu decken. Ist es da den Landwirten zu verdenken, wenn sie unter solchen Umständen die wichtigsten Arbeiten der Herbstbestellung zunächst verrichten, und dann erst, nach und nach, die Kartoffeln hinausbringen? Wenn der Reichsernährungsminister in der Nationalversammlung darauf hinwies, daß die Landwirte mehr Kartoffeln abliefern könnten, als sie es getan haben bezw. tun, so ist diese Behauptung nur bedingt richtig. Es wird vom Minister verkannt, daß die Ablieferung von Kartoffeln zu den bestehenden Preisen unter Vernachlässigung oder Verzögerung der Herbstbestellung für die meisten Landwirte den Ruin bedeuten würde, den man ihm füglich nicht zumuten kann. Das Reichsernährungsministerium versucht nun, den Bankrott der Kartoffelwirtschaft dadurch zu retten, daß es den Landwirten, welche rechtzeitig abliefern als besondere Prämie den Bezug von Stickstoffdünger ermöglicht. Es ist sicher, daß der Landwirt bereit ist, Opfer zu bringen (denn solche werden von ihm verlangt), um die Erzeugung der nächsten Ernte zu vergrößern. Aber die gebotene Stickstoffmenge ist so lächerlich gering, daß jede nützliche Wirkung ausgeschlossen werden muß. Es soll auf 100 Kg. Kartoffeln 1 Kg. schwefel-saures Ammoniak (entsprechend 200 Gramm Stickstoff) gegen Höchstpreis geliefert werden, d. h. nur ein geringer Bruchteil der für die entsprechende Anbaufläche benötigten Menge. Die wichtigsten landwirtschaftlichen Organisationen einschließlich des aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, sind einmütig in der Beurteilung dieser Maßnahme, weil sie nicht geeignet ist, die Folgen der verfehlten Kartoffelpreispolitik zu beseitigen, dagegen die mühsam aufgebaute Stickstoffwirtschaft zerstört und dem Schieberhandel Tür und Tor öffnet — alles dies ist umsonst. Da das Reichswirtschaftsministerium, welches gleichzeitig auch das Reichsernährungsministerium ist, eine ausreichende Veränderung seiner landwirtschaftlichen Ausnahmepolitik nicht herbeiführen will, so sollen sogenannte kleine Mittel angewendet werden, die nutzlos sind und nur gewaltsam andere Wirtschaftsbereiche zerstören.

Ein anderes Beispiel: Der Mehrtrog bei Anwendung von Stickstoff beträgt rund 20 Tonnen Getreide auf eine Tonne Stickstoff. Eine Tonne Stickstoff kostet zurzeit rund 6000 Mark. Zur Erzielung der angegebenen Ertragssteigerung sind aber noch Kali und Kalk notwendig, so daß die Ausgaben rund 8000 M. ohne Berücksichtigung der außerordentlich hohen Aufkosten für Phosphorsäure, Erntelohn usw. betragen. Die Einnahmen aus 20 Tonnen Roggen betragen aber nur 8000 Mark. Ist es dem Landwirt zu verübeln, wenn er bei der Bestellung die Verwendung künstlichen Düngers unterläßt, ehe er nicht die volle Sicherheit hat, daß ihm die Preise der nächsten Ernte einen ausreichenden Ertrag seiner Aufkosten unter Berücksichtigung des mit der landwirtschaftlichen Erzeugung verbundenen Wagnisses bringen werden? Das Reichsernährungsministerium hat aber trotz aller „Erwägungen“ sich bisher noch nicht bereit erklärt, die Preise der nächsten Ernte entsprechend zu erhöhen, die Folge davon ist, daß die Erzeugungsmöglichkeit der Landwirtschaft verringert, d. h. die Landwirtschaft sabotiert wird.

Die die Landwirtschaft beengende Zwangsbewirtschaftung muß eine Änderung erfahren. Eine volle Befreiung derselben wird von keinem einsichtigen Landwirt und Volkswirt gefordert. Aber es muß dem Landwirt die Möglichkeit gegeben werden, nach Deckung des Eigenbedarfes und Ablieferung einer bestimmten Pflichtmenge die erzeugten Mehr-

Die Beratung der Antwortnote.

Die neue Abordnung für Paris.

Das Reichskabinett befaßt sich heute mit dem Inhalt der Antwortnote an die Entente. Die Kommission, die nach Paris entsandt werden soll, hat die Aufgabe, die Andeutungen von Mitteilungen, die in Aussicht gestellt sind, genauer festzulegen. Als Führer ist, wie die „B. S.“ am Mittwoch, meldet, Unterstaatssekretär v. Saniel in Aussicht genommen. Wie uns ferner aus Hamburg mitgeteilt wird, ist Direktor Pelker von der Hamburg-Amerika-Linie ausserleben, als Sachverständiger in der Frage des Hafensmaterials mitzuwirken. Die endgültige Entscheidung soll morgen in einer Sitzung des Reichskabinetts erfolgen, der die Mitglieder der Pariser Abordnung beiwohnen sollen.

Der Hamburgische Senat hat in einer nochmaligen Eingabe an die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß die Auslieferung der Schwimmboots, Bagger usw. den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens in verhängnisvoller Weise stören würde.

Reichsaußenminister Müller wird seine für die heutige Sitzung der Nationalversammlung angelegte Rede heute nicht halten.

Der Konflikt mit dem Zentrum.

Zu der Ankündigung des Zentrumsabgeordneten Professor Lauscher im Unterrichtsausschuß der Preussischen Landesversammlung, daß seine Fraktion es ablehne, sich weiter an den Beratungen über die Neugestaltung der Schuldeputation zu beteiligen, schreibt die „Dem. Parteifort.“:

Diese Mitteilung des Zentrums bedeutet gewissermaßen eine Kampfanzeige an die Mehrheitskoalition, da eine Nichtmitwirkung einer der Koalitionsparteien an einem so wichtigen Kulturgesetz natürlich den Zerfall der Koalition zur Folge haben würde. Die Zentrumspartei des Reichstags hat in der Zwischenzeit schon Veranlassung genommen, sich mit dem preussischen Kultusministerium in Verbindung zu setzen und ihm mitzuteilen, daß ein Zerfall der Koalition in Preußen natürlich auch den Zerfall der Koalition im Reich zur Folge haben würde. Es ist unverständlich, warum das Zentrum jetzt über diese doch immerhin untergeordnete Frage es zum Bruch kommen lassen sollte nachdem es in der Frage der geistlichen Schulaufsicht sich schließlich damit abgefunden hat, überstimmt zu werden. Die demokratische Partei wird ihre Stellungnahme zu der Streitfrage abhängig machen von Verhandlungen mit der dritten Mehrheitspartei. Es schweben augenblicklich Verhandlungen, um den Konflikt zu beseitigen. Ob die Verhandlungen allerdings zum Ziel führen, läßt sich augenblicklich nicht übersehen.

Aus Zentrumskreisen, die der Regierung nahestehen, hören wir, daß man dort die Zuspitzung der Lage in der Preussischen Landesversammlung ohne Beunruhigung ansieht. Man erwartet, daß die Besprechungen zwischen den

Mehrheitsparteien in aller Kürze zu einem Ergebnis führen. Jedenfalls wird erklärt, daß es sich nicht etwa darum handle, aus allgemein politischen Gründen die Koalition zu sprengen, sondern es liege ein spontan entstandener Konflikt vor, der auf seinen Herd beschränkt werden solle und könne.

Neue Regierungskrise in Ungarn.

Drahtmeldung.

Budapest, 11. Dezember.

Die neuorganisierte ungarische Koalitionsregierung Huszar ist in Gefahr. Die Gegensätze zwischen dem christlichen Block und den Sozialisten, die durch das Kompromißprogramm anscheinend nicht überbrückt wurden, sind jetzt schärfer zutage getreten. Die sozialdemokratische Partei hat der Regierung eine Denkschrift überreicht, in der Forderungen nach Reformen, die Demonstrationen und blutige Zusammenstöße wie die am Sonntag, sich nicht wiederholen werden. Die Regierung ist geneigt, in dieser Hinsicht eine Erklärung abzugeben, lehnt es aber ab, die zweite Forderung der Sozialisten, die die Freilassung der internierten Kommunisten bezweckt, zu erfüllen. Gleichzeitig fordern die Sozialisten auch die Aufstellung von Arbeiterregimentern, da sie die Nationalarmee Forthys als eine Parteidame bezeichnen. Auch diese Forderung wird von der Regierung als unannehmbar bezeichnet. Da die sozialistischen Forderungen den Charakter eines Ultimatus tragen, scheint eine wenigstens teilweise Ministerkrise unvermeidlich zu sein. Die Regierung will jedoch nicht zulassen, daß der etwaige Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung zu einer Krise des gesamten Kabinetts führe.

Wien, 10. Dezember.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest: Im Auftrage des Pariser Obersten Rates ist auf Ansuchen der ungarischen Regierung heute eine internationale Militärkommission der Entente in Budapest eingetroffen. Die Großmächte werden in dieser Kommission je zwei Stimmen, Griechenland, die Tschecho-Slowakei, Rumänien, Polen und Südslowien je eine Stimme haben. In Vertretung der Kommission erschienen heute ein englischer, ein französischer und ein polnischer Offizier bei dem Ministerpräsidenten Huszar, der ihnen die Schäden schilderte, die das Land infolge der Befehung durch Rumänien und Serbien erlitten hat.

Rumänien hat unterzeichnet.

Drahtmeldung.

Paris, 10. Dezember. (B. L. B.)

Heute nachmittag hat General Coanda, der Präsident der rumänischen Friedensdelegation, den österreichischen und den bulgarischen Friedensvertrag unterzeichnet.